

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 16. 30. Jahrg.

20. April 1917.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- U. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 3 Mk. — nicht Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsässerstr. 86-88^{III}. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4263. :: Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. :: Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Feltzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Die Berufsberatung. Rundschau. Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. — **Allgemeines:** Stimmen und Stimmungen. Ortsberichte: Leipzig, Allgemeine Versammlung. — **Graphische Technik:** Dextrin als Gummiersatz. — **Feuilleton:** Vom Büchertisch. — Adressen-Änderungen. Totenliste. — **Anzeigen.**

Die Berufsberatung.

Fruchtbare Gedanken bedürfen einer gewissen Zeit, ehe sie in der Allgemeinheit Wurzel fassen. So geht es auch dem Gedanken einer organisierten Berufsberatung, der nun endlich auch in bürgerlichen Kreisen mehr und mehr Boden gewinnt. In neuerer Zeit propagiert diesen Gedanken sehr lebhaft der Deutsche Bund für Erziehung und Unterricht, und seine Arbeiten werden unterstützt durch das an Regierungsstelle unter dem Drucke des Krieges ausgegebene Schlagwort: Freie Bahn dem Tüchtigen!

Schon lange vor dem Kriege haben sozialistische Schriftsteller darauf hingewiesen, weld ungehören Verlust es für die Volkswirtschaft bedeutet, daß die meisten Menschen nicht in den Beruf gelangen, der ihren Anlagen und Fähigkeiten entspricht. Deshalb ist es auch eine der vornehmsten Forderungen der Sozialdemokratie, daß allen Volksgenossen in gleicher Weise die Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten offengehalten werden. Daß diese Forderung bisher nicht erfüllt wurde, lag in der Hauptsache daran, daß die besitzende Klasse die sogenannten höheren Berufe für ihre Angehörigen zu reservieren suchte. Als Mittel hierzu diente ihr eben die Abhängigkeit höheren Schulbesuchs von der Zahlungsfähigkeit des nach höherer Bildung Strebenden.

Da aber das Geld ein schlechter Gradmesser für die höhere oder niedere Veranlagung eines Menschen ist, so ergab sich hieraus ein höchst ungesunder, die Volkskraft Schwächender Zustand. All die mühsam aufgezäpelt und von andern erborgte Weisheit und Kunst wenig Veranlagter, aber an verantwortungsreicher Stelle Stehender wurde zum Hemmschuh und damit zum Unglück für die gesunde Entwicklung des Volksganzen. Daneben mußte man sehen, wie zahlreiche, aus den nicht zahlungsfähigen, breiten Schichten des Volkes auftauchende Talente und Begabungen, die auch bei weniger Schulbankdrückerei viel eher berufungswesen wären, jene verantwortungsreichen Stellen einzunehmen, aus Mangel an Schulung und unter drückenden materiellen Verhältnissen wieder verkümmerten und so der Volkskraft verloren gingen.

Dies allein hätte jedoch die Diskussion über das Problem der Berufsberatung noch nicht so schnell in Fluß gebracht. Erst die wachsende Erkenntnis, daß die Arbeitsfreudigkeit eines Menschen ein Hauptgrundpfeiler seines persönlichen Glückes sowohl als auch eines gedeihlichen, fruchtbringenden Wirkens innerhalb der Gesellschaft ist, mag eine Anzahl unserer fortgeschrittensten Pädagogen von dem Bestreben erfüllt haben, den jungen Menschen von vornherein in eine seinen natürlichen Anlagen entsprechende Bahn zu bringen. Denn die wahre, aus dem Innern quellende Arbeits-

freudigkeit — nicht die durch Aussicht auf schnellen materiellen Verdienst oder auf Rang und Titel und dergleichen künstlich hervorgerufene — ist nur dort möglich, wo eben der Mensch mit seiner inneren Veranlagung bei der Arbeit ist, wo jene in dieser aufgeht.

Das ist in innigem Zusammenhang mit jenem allgemeinen Gesetz des Lebens, wonach eine Lebensform in der andern aufgeht. Die stete Aufspeicherung und Übertragung von Kräften, die wir in der anorganischen Welt beobachten können, sehen wir in der organischen Welt als Wachstum und Fortpflanzung vor sich gehen. Ein Organismus, der in seinem Wachstum und in seiner Fortpflanzung nicht gehindert, sondern gefördert wird, fühlt sich frei und damit glücklich. Aber die Fortpflanzung besteht namentlich für den Kulturmenschen nicht nur in der Erhaltung und Vermehrung seines Geschlechts, sondern vor allem auch in der Teilnahme an dessen Höherentwicklung. Das vornehmste Mittel einer solchen Höherentwicklung ist die menschliche Arbeit, in der sich die Kräfte des einzelnen auf das Geschlecht übertragen und so zu dessen Höherentwicklung beitragen.

Hieraus erhellt, wie wichtig es für den einzelnen als auch für die Gesellschaft ist, daß jedes sich nach seinen Anlagen und Fähigkeiten betätigen kann. Gelänge es, von heute an jedem diese Möglichkeit zu geben, so würden wir mit einem Schlage von bedeutend gesünderen und lebensfreudigeren Menschen umgeben sein und viele Entartungen, Verbrechen, Laster und Ausschweifungen würden verschwinden, denen Menschen, die bei einer erzwungenen und lediglich geschäftsmäßigen Berufstätigkeit keine innere Befriedigung empfinden, allzu leicht verfallen. Eine weitere Folge wäre eine wesentliche Einschränkung des Dilettantismus, denn alle die Menschen, die heute nur in den Feierabendstunden ihr Talent pflegen können, würden dann zu sicher und kraftvoll schaffenden Fachleuten, die dann an die Stelle der heute in allen Berufen sich als Fachleute herumdrückenden Dilettanten treten würden. Daß das die Produktivkraft des Volkes bei weniger Aufwand an Mitteln ganz bedeutend steigern würde, ist ohne weiteres einleuchtend. Alle die aber, die sich bei schwacher oder ungeeigneter Veranlagung nur mit Mühe in einem höchste Anforderungen stellenden Beruf oder Amt halten können und die in den meisten Fällen von der besseren Einsicht und dem besseren Können ihrer Untergebenen abhängig sind, würden sich bei einer Tätigkeit, die ihre Kräfte nicht übersteigt, bedeutend freier und glücklicher fühlen.

Wie man sieht, ist die Aufgabe einer organisierten Berufsberatung nicht gering. Wenn sie diese Aufgabe, die für die Zukunft des ganzen Volkes von größter Bedeutung ist, erfüllen will, so daß ihr Rat auch zur fruchtbringenden Tat wird, dann wird sie manchen Strauß mit den bestehenden Verhältnissen und den zahlreichen Vorurteilen und falschen Einschätzungen, denen die verschiedenen Arten menschlicher Tätigkeit heute ausgesetzt sind, zu bestehen haben. Denn was auch immer für Gesichtspunkte sich bei der Raterteilung

zur Berücksichtigung herandrängen mögen, sie werden nach dem Dargelegten zurücktreten müssen vor der Hauptforderung, daß der junge Mensch in einen seiner körperlichen und geistigen Veranlagung entsprechenden Beruf gelange. Die Frage, welche Berufskräfte die Volkswirtschaft in Gegenwart und Zukunft am nötigsten habe, darf erst in zweiter Linie, vielleicht bei der engeren Auswahl eines bestimmten Tätigkeitsfeldes, eine Rolle spielen, so wichtig diese Frage auch sein mag. Man könnte sonst einen talentierten Menschen zu irgendeiner einfachen Tätigkeit zwingen, die dieser als Techniker durch eine entsprechende Erfindung überflüssig machen würde. Erwägungen, welche Berufe zeitlich den höheren materiellen Gewinn abwerfen und dergleichen, müssen naturgemäß bei der Beratung ganz ausscheiden. Aber gerade hier wird sich für eine erfolgreiche Beratung neben dem Reservat der höheren Bildungsstätten für die zahlungsfähigen Volksgenossen ein schweres Hemmnis ergeben. Man kann es unter den gegebenen Verhältnissen niemand — zum wenigsten einem armen Teufel — verdenken, wenn er sich einem Berufe zuwenden will, der ihm eine günstigere materielle Existenz verspricht. Das zeigt, wie eng solche Fragen — die von manchem der sozialen Frage möglichst ausweichenden Professor nur vom ethischen, oder höchstens sozial-ethischen Standpunkte aus betrachtet werden — mit den allgemein-wirtschaftlichen Verhältnissen zusammenhängen, so daß sich eine einwandfreie, befriedigende Lösung jener nur in Verbindung mit möglichster Vervollkommnung dieser erzielen läßt. Erst eine vollständige Demokratisierung unserer Volkswirtschaft wird uns neben einer solideren, materiellen Kulturgrundlage auch eine vorurteilslosere und von materiellen Erwägungen unabhängige Werteinschätzung der einzelnen Berufe bringen.

Übrigens zeigt sich schon bei der Durchführung der heute noch sehr problematischen Berufsberatung, daß die Frage einmal aufge- rollt, zu weiteren Folgerungen drängt. Wer will zum Beispiel die Veranlagung junger Menschen zutreffend beurteilen, die von vornherein einen verschiedenen Bildungsgang durchmachen? Nur wenn dieser für alle, wenigstens in den ersten Entwicklungsjahren, gleich ist, werden die Unterschiede in der natürlichen Veranlagung deutlicher erkennbar werden. Also die Einheitlichkeit des Schulwesens, wie sie in der Einheitsschule erstrebt wird, ist eine notwendige Vorbedingung einer erfolgreichen Berufsberatung. Im Anschluß hieran wird dann die Arbeitsschule, eine sichere Grundlage zur Beurteilung ihrer Zöglinge schaffen, weil sie diesen Gelegenheit gibt, sich frei nach ihren Neigungen auf einen wissenschaftlichen, technischen, künstlerischen oder sonstigen Beruf vorzubereiten und ihre Anlagen zu entwickeln. Ja, es ist nicht unmöglich, daß die Arbeitsschule in ihrer reifsten Form die Berufsberatung wieder überflüssig machen wird, weil dann die Schüler vollkommen natürlich in den Beruf hineinwachsen, der ihren Anlagen entspricht.

Einstweilen sind der Gedanke und die Durchführung auch einer vorläufig noch problema-

fischen Berufsberatung auf das wärmste zu begrüßen, weil sie eine für die Zukunft des Volkes äußerst wichtige Frage der Erziehung anschnidet und zur Diskussion stellt und weil sie immerhin auch heute schon bei redlichem Streben viel segensbringende Arbeit leisten kann. Manche jungen Menschen können dadurch mühsame und kräfteaufreibende Irrwege erspart werden, ehe er sich zu seiner eigenföhrlichen Lebensaufgabe durchringt, und manches Talent, das sonst auf diesen Irrwegen zugrunde ginge, kann durch entsprechende Förderung der Volkskraft erhalten und nutzbar gemadit werden. Das Urteil, daß jedes Talent sich schließlich durchdringe, ist zwar sehr bequem, aber ebenso leichtfertig. Man sieht wohl jene, die trotz allem noch in die Höhe kommen, aber nicht die, die unten bleiben und versinken. Und gerade die feiner organisierten und sensibler angelegten Naturen sind es, die in der Regel in dem brutalen Existenzkampf unserer Tage zerschellen. Nicht immer macht sich solches Zerschellen durch äußere tragische Umstände bemerkbar. In den meisten Fällen ist es ein stilles inneres Verkümmern. Das Feuer der Begabung, anstatt als helle Flamme nach außen zu schlagen, schlägt, durch die Stüdkluft der äußeren Verhältnisse rückwärts getrieben, nach innen und verzehrt sich, bis es aus Mangel an Nährboden vollständig erstickt. Melancholie, Geisteskrankheit, aber auch verbrecherische Neigungen können die Folge solches inneren Absterbens lebendiger Kräfte sein.

Freilich wird es nicht immer leicht sein, das Maß und die Art dieser Kräfte festzustellen, um daraus zu einem Vorschlag für die Berufswahl zu kommen. Namentlich bei vielseitig veranlagten Menschen wird diese Schwierigkeit in Anbetracht unserer modernen Arbeitsteilung und Spezialisierung der Berufe kaum zu überwinden sein. Hier müssen Arzt, Psychologe und Pädagoge mit den Eltern und bisherigen Erziehern der zu Beurteilenden möglichst zusammenwirken, um zu einer halbwegs sicheren Grundlage für die Raterteilung zu kommen. Die Hauptsache ist, daß sie sich dabei von keinem anderen Gesichtspunkte leiten lassen, als dem, der erkannten Veranlagung die Bahn zu ihrer Vervollkommnung und Verwertung frei zu machen.

Ob dies freilich immer gelingen wird, hängt in der Hauptsache davon ab, wie sich in Zukunft die allgemeinen sozialen Verhältnisse unseres Volkes gestalten. Zur Höherentwicklung und Vervollkommnung dieser Beizutragen, muß deshalb vornehmste Aufgabe jedes Volksgenossen sein. Dann dürfte es auch bei der Berufsberatung nicht nur beim Rate bleiben, sondern es wird die zielsichere Tat daraus entspringen, die unser ganzes Erziehungswesen auf eine breitere, allen gerecht werdende Grundlage stellt. Freie und lebensfreudige Menschen werden dann den Bau der Kultur vollenden.

Max Menzer.

Rundschau.

Ernst Kleemann †. Einer unserer Besten ist ein Opfer des männermordenden Krieges geworden. Gleich nach Kriegsbeginn wurde er eingezogen, kam zur Besatzung nach Belgien und Ende 1916 in die Front. Dort ist er am 9. Februar mit zwei Kameraden durch Granatschuß getötet worden. Während des Krieges konnte er uns zweimal besuchen und sich vom Fortgang der Verwandtschaften überzeugen. Kleemann war ein guter, gefühlvoller Mensch, ein offener, ehrlicher Charakter. Bei allen seinen Handlungen im versöhnlichen Sinne wirkend, vertrat er dennoch standhaft die Grundsätze der Arbeiterorganisationen. Das brachte mit sich, obwohl er einer der besten Lithographen und Zeichner war, daß er seine Arbeitsstelle bei Eckart & Pflug als gemäßigter Vertrauensmann verlassen mußte; er galt dort als Wähler. Nach Berufung des Kollegen Czern nach Berlin übernahm Kleemann die Leitung der hiesigen Lithographensektion, die unter ihm ihre größte Mitgliederzahl erreichte. In diese Zeit nach 1916 fallen auch all die Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung und Lohnaufbesserungen. Mit Energie und Ausdauer führte er diese Kämpfe und blieb auch in der Verwaltung, als die Geschäftsführung in andere Hände überging. Der große Streik 1911/12 fand ihn in der vordersten Reihe, seine Ratschläge und eindrucks-

vollen Ausführungen wurden stets beachtet. Nicht minder verdient machte sich Kleemann um die Lehrlingsabteilung. Sein Verkehr mit der Jugend war liebevoll, seine Vortragsweise belehrend, der von ihm erteilte Zeichenunterricht nicht ohne Erfolg. In der letzten Zeit leitete er die Gründung der Graphischen Vereinigung in die Wege und war auch deren Vorsitzender. Dieses an Mühen und Opfern reiche Leben ist nun nicht mehr. Die Leipziger Kollegen beklagen auf Tiefste den Verlust, sie verlieren einen gewissenhaften und redlichen Kollegen, dessen Andenken fort dauern wird.

Rösch & Winter, Leipzig. Am 1. April 1917 konnte die Firma Rösch & Winter, Lithographische Kunstanstalt, Leipzig, auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Neben den vielen Ehrungen die dem Jubilar, Herrn Reinhold Rösch zu Teil wurden, sei auch ein Geschenk des Gesamtpersonals erwähnt in Gestalt eines Gedenkblattes, von Herrn Professor Bruno Heroux, Leipzig, gefertigt. Vom Chef, der auch sonst stets bemüht ist seinem Personal über die schwere Zeit hinwegzuhelfen, wurden dem Personal namhafte Geldgeschenke überreicht, was auf ein gutes beiderseitiges Zusammenarbeiten schließen läßt.

Arbeitsgemeinschaft im Buchbindergerwerbe. Nachdem bereits im September 1915 bei gemeinsamen Beratungen zwischen den Vorständen des Verbandes Deutscher Buchbinderbesitzer und des deutschen Buchbinderverbandes, von den Vertretern des letzteren die Frage der Arbeitsbeschaffung und Entlohnung von Kriegsinvaliden aufgerollt wurde, ist es im März d. J. zu gegenseitigen Vereinbarungen hierüber gekommen. Gegenstand derselben ist wie bei den übrigen Arbeitsgemeinschaften die Fürsorge für die Unterbringung der kriegsbeschädigten Berufsgenossen im bisherigen Beruf und wenn möglich auch im gleichen Betriebe. Unter Umständen können auch Kriegsbeschädigte aus anderen Berufen im Buchbindergerwerbe und seinen verwandten Berufen untergebracht werden. Für die Entlohnung gelten die tariflichen Bestimmungen ohne Anrechnung der Rente, während bei erheblicher Beschränkung der Arbeitsfähigkeit die Lohnvereinbarung zunächst Sache des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers ist. Daraus entstehende Streitfälle werden von den Tarifinstanzen, an Orten, wo solche fehlen, von den beiderseitigen örtlichen Organisationen geschlichtet. Der Arbeitsgemeinschaft ist außerdem die Aufgabe gestellt, alle geeignete erscheinenden Schritte zur Beschaffung ausgiebiger Arbeitsgelegenheit zu tun, sowie zur allgemeinen Hebung des Berufes. Es ist eine Einwirkung auf die Regierungen beabsichtigt, um bei der Übergangswirtschaft die beruflichen Interessen zu wahren, ferner soll bei den Behörden und Bibliothekleistungen zugunsten des Berufes hingewirkt, solche Unternehmer aber ausgeschaltet werden, die sich der Arbeitsgemeinschaft fernhalten und Kriegsbeschädigte nicht einstellen.

Unsere Krankenunterstützung. Die Buchbinder-Zeitung berichtet über die in unserem Verbands wieder heraufgesetzte Krankenunterstützung auf drei Viertel der statutarischen Sätze und knüpft daran folgende Bemerkungen: »Die Wochenunterstützung beträgt demnach 8,10 Mk. wöchentl. und wird bis zum Höchstbetrag von 64,80 Mk. bei mindestens 26, bis 140,40 Mk. bei 52, bis 280,80 Mk. bei 104, bis 561,60 Mk. bei mindestens 156 bezahlten Wochenbeiträgen gewährt. Uns erscheinen diese Höchstbeträge unverhältnismäßig hoch, selbst bei einem Wochenbeitrag von 1,30 Mk., da von diesem außer anderen Unterstützungen auch noch Invaliden- und Witwenunterstützung bezahlt werden müssen, wenn wir recht unterrichtet sind. — Dieses Urteil Außenstehender sollte auch uns zu denken geben. Es wäre vielleicht noch herber ausgefallen, wenn dem Verfasser der Kritik gegenwärtig gewesen wäre, daß wir vom ehemaligen Senefelderbund noch weit höhere Sätze übernommen hatten. Bis zum Jahre 1910 zahlten wir 12 Mk. pro Woche. Es war das eben eine ganz ungesunde Verschmelzungserbschaft, die sich in keiner Weise mit dem gezahlten Beitrag aufrechterhalten ließ. Wir haben schon mehrfach erwähnt, daß wir in Krisen Jahren lange Zeit durchschnittlich 20,000 Mk. pro Quartal Zuschuß aus der Gewerkschaftskasse an die Krankenkasse leisten mußten.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

In den Tagen vom 20. bis 22. März fand in Berlin eine Konferenz der Verbandsvorstände statt, die sich mit folgender Tagesordnung zu beschäftigen hatte:

1. Geschäfts- und Kassenbericht der Generalkommission.
2. Die Überführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft.
3. Die Organisation der Kriegsteilnehmer.
4. Der nächste Gewerkschaftskongreß.
5. Verschiedenes.

Der gedruckte vorliegende Geschäfts- und Kassenbericht der Generalkommission wurde durch eine Reihe mündlicher Ausführungen von Legien, Bauer, Kube und Schmidt ergänzt. Legien berichtete über die Gewerkschaftseingaben zur Ernährungsfrage und die anschließenden Verhandlungen mit dem Kriegsernährungsamt, Kriegsamt und dem preußischen Staatskommissar für Ernährungswesen, über

die Eingabe betr. Arbeiterforderungen bei Monopolisierung von Wirtschaftszweigen, über das Zusammenwirken mit der Gesellschaft für soziale Reform bei Vorbereitungsarbeiten für eine gesetzliche Neuregelung des Koalitionsrechts, über die Streikstatistik für 1915 und über die seitens der Generalkommission gewährten Teuerungszulagen für ihre Angestellten. Bauers Bericht erstreckte sich auf alle neueren Arbeiten für die Ausführung des Hilfsdienstgesetzes, bei denen in zahlreichen Fällen die Interessen der Arbeiter mit zäher Energie vertreten werden mußten, sowie auf die belgische Arbeiterfrage. Robert Schmidt machte Mitteilungen über den Stand und die Aussichten der Ernährungsverhältnisse, während Kube den Kassenbericht eingehend erläuterte und daran anknüpfend die Regelung der Beiträge an die Generalkommission berührte.

Auf allgemeinen Wunsch gab der gewerkschaftliche Vertreter im Kriegsamt, Schlicke, eine Darstellung über sein Wirken in diesem neuen Arbeitskreis und über die Möglichkeit, das Interesse der Arbeiterschaft wahrzunehmen. Es sei mandamental schwierig, mit den vielen Ressorts im Kriegsamt über einzelne Fragen ins Reine zu kommen, noch schwieriger aber, das Erzielte vor den Anforderungen anderer Regierungsstellen zu bewahren, da das Kriegsamt nur in den wenigsten Fällen seine Entscheidungen endgültig treffen könne.

Die Debatte über diese Berichte nahm einen vollen Tag in Anspruch. Sie erstreckte sich auf die Ernährungslage und das Auftreten des preußischen Landwirtschaftsministers, das allseitig entschiedene Zurückweisung fand, auf die Frauenerwerbsarbeit und Anstellung von Fabrikpflegerinnen, die sowohl Verteidiger als auch scharfe Gegner fand, auf die mit der Durchführung des Hilfsdienstes seither gemachten Erfahrungen und auf das Zusammenwirken der Generalkommission mit sozialpolitischen und Fürsorgeorganisationen, sowie den Erwerb der Mitgliedschaft in solchen Organisationen seitens der Gewerkschaften.

Dem Kassierer Kube wurde einstimmig Entlastung erteilt. Zur Ernährungsfrage wurde folgender Beschluß gefaßt:

»Die Vertreter der Gewerkschaften erklären, daß die von dem preußischen Landwirtschaftsminister in den Sitzungen des Preußischen Landtags vom 7., 8. und 12. März 1917 gegen die Eingaben der Gewerkschaften erhobenen Angriffe die Berechtigung ihrer Forderungen in der Ernährungsfrage nicht erschüttern können. Am allerwenigsten können sie sich zu der Auffassung bekehren, daß die einseitige Politik des Landwirtschaftsministers zugunsten der Produzenten den Interessen der Verbraucher entspräche.

Die Gewerkschaftsvorstände halten ihre Beschwerden und Forderungen mit Entschiedenheit aufrecht und erheben nochmals ihre warnende Stimme. Die Arbeiterschaft muß von den verantwortlichen Stellen im Reiche wirklich durchgreifende und schnelle Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung dringend verlangen.

Sodann wurde den Teuerungszulagen für die Angestellten der Generalkommission, mit Ausnahme der Kinderzulagen, die Zustimmung erteilt. Auf Anfrage wurde festgestellt, daß die Gewerkschaftsangeestellten und Arbeitersekretäre der Meldepflicht für den vaterländischen Hilfsdienst unterliegen. Es soll bei den Feststellungsausschüssen auf die Anerkennung der Gewerkschaften als kriegswichtige Organisationen hingewirkt werden.

Zur Frage der Übergangswirtschaft wurden der Konferenz Forderungen der Gewerkschaften unterbreitet, die von der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission ausgearbeitet und mit einigen Ergänzungen aus von den übrigen Gewerkschafts- und Angestelltenorganisationen angenommen worden sind. Sie sollen durch eine eingehende schriftliche Begründung ergänzt und dem Reichsamt für Übergangswirtschaft sowie dem Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe eingereicht werden. Robert Schmidt erläuterte die Forderungen durch ein Referat. Er wies einleitend darauf hin, daß die Gewerkschaftsvorstände sich schon seit dem Februar 1915 mit den Fragen der Übergangswirtschaft befaßt haben, die Aufstellung der vorliegenden Forderungen geschah im Auftrage der Konferenz vom November 1916. Ihre Erledigung drängt infolge der neuerdings im Ausschuß für Handel und Gewerbe begonnenen Behandlung der Arbeiterfragen für den Bereich der Übergangswirtschaft. Die Forderungen teilen sich in solche allgemein wirtschaftlicher und organisatorischer Natur (Arbeitervertretung im Beirat des Reichskommissariats, Regelung der Ein- und Ausfuhr, Verfügung über den Schiffsraum, Eisenbahn und Binnenschiffahrtswesen, Hebung der Erwerbstätigkeit, Errichtung von Wirtschaftsamtern und Aufsicht über die Syndikate), weiter solche, die die Lebensmittelversorgung, betreffen, dann Forderungen der Arbeitsvermittlung, solche bezüglich der Entlassung der Kriegsteilnehmer und Hilfsdienstpflichtigen, Forderungen hinsichtlich der Regelung der Arbeitsverhältnisse, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung, besondere Hilfeleistung für Kriegsteilnehmer und deren Angehörige und schließlich Forderungen auf dem Gebiete der Wohnungsfrage. Da die Forderungen in Bälde bekanntgegeben werden, so mögen einige Darlegungen über ihre Stellungnahme zu der eigentlichen Demobilisation des Heeres genügen.

Von einflussreichen Seiten ist verschiedentlich verlangt worden, die Entlassung der Kriegsteilnehmer den jeweiligen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes anzupassen. Der Referent widerspricht diesen Wünschen. Kein Heeresangehöriger würde es billigen, auch nur einen einzigen Tag länger, als militärische Bedürfnisse dies erfordern, im Herresdienst zurückgehalten und von Heimat und Familie getrennt zu werden. Gewiß können Millionenheere nicht binnen wenigen Tagen aufgelöst werden. Auch sei auf das Wirtschaftsleben insoweit Rücksicht zu nehmen, daß die für die Wiederaufnahme der Betriebe unentbehrlichen Arbeitskräfte möglichst frühzeitig zu entlassen seien. Im übrigen müsse aber jede Verzögerung der Entlassung vermieden werden. Die Rücksichtnahme auf Arbeitsmangel dürfe kein Grund sein, die Kriegsteilnehmer länger als militärisch notwendig im Dienste zu behalten. Wenn Arbeit nicht nachgewiesen werden könne, dem müsse die Arbeitslosenunterstützung zuteil werden. Das letztere gelte auch für die entlassenen Hilfsdienstpflichtigen und die übrigen infolge der Übergangswirtschaft beschäftigungslos werdenden Arbeiter und Angestellten. Im weiteren sollen die durch das Hilfsdienstgesetz geschaffenen Arbeiterschüsse und Schlichtungsstellen in geeigneter Form in die Übergangswirtschaft übernommen und gesetzliche Arbeitervertretungen (Kammern) geschaffen werden.

Die vorgelegten Forderungen wurden im einzelnen erörtert und einige redaktionelle Änderungen und Ergänzungen beschlossen, wonach die ganze Vorlage einstimmig zur Annahme gelangte.

Hinsichtlich der Organisation der Kriegsteilnehmer, mit der sich bereits eine Vorstandskonferenz im November 1916 befaßt hatte, blieb ein Antrag auf Übergang zur Tagesordnung in der Minderheit. Die Konferenz beschloß, diese Frage vorläufig zurückzustellen, und zwar solange, bis wirklich ernsthafte Organisationsbestrebungen der Kriegsteilnehmer eine erneute Stellungnahme notwendig machen. Doch soll den besonders von Essen ausgehenden Versuchen, die Kriegsbeschädigten zu vereinen und sogar in Zentralverbänden zusammenzuführen, mit allem Nachdruck entgegengetreten werden.

Da im Jahre 1917 nach dem Regulativ der Generalkommission ein Gewerkschaftskongreß einzuberufen wäre, unterbreitete die Generalkommission die Entscheidung darüber der Konferenz der Vorstände. Dieselbe war indes in ihrer großen Mehrheit für eine Vertagung des Kongresses bis nach dem Kriege. Es wurden für diesen Beschluß die gleichen Gründe geltend gemacht, die für eine Vertagung der Verbandstage maßgebend waren.

An letzter Stelle wurden einige geschäftliche Fragen erledigt. Der Beitritt zur Gesellschaft für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wurde der Generalkommission und den einzelnen Gewerkschaften empfohlen. Die Entscheidung über den Beitritt zum Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur soll noch zurückgestellt werden. Der Bericht des Vertreters der Generalkommission im Deutschen Wohnungsausschuß wurde entgegengenommen.

Allgemeines.
Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Stimmen und Stimmungen.

Es dürfte zweifellos für die allerorts zusammengeschmolzenen Verwaltungen keine leichte Arbeit sein, dem Ruf des Hauptvorstandes »Sendet die »Graphische Presse« ins Feld« Folge zu leisten. Denn die Mehreren sind draußen und die Wenigen daheim. Und diese Wenigen sind von des Tages Arbeit, von den ungeheuer gesteigerten Sorgen, sich und die Angehörigen durch die Welt zu bringen, so in Anspruch genommen, daß auch nur einige übrig bleiben, die zu dem Willen, das mit Mühe und Zähigkeit gehaltene Verbandsleben zu unterstützen, auch die Tat fügen können. In vielen Fällen hängt die Erledigung der Arbeiten an einem viertelutzend Kollegen, in manchen Fällen an einem Einzigen.

Aber wenn die Arbeit noch so drückend erscheint, daß Verlangen des Hauptvorstandes darf nicht ausgenommen bleiben. Die »Graphische Presse«, die sich schon in Friedenszeiten als Bindeglied bewährt hat, übt zur jetzigen Zeit erst recht seine Kraft aus und wer dem Rufe des Hauptvorstandes jetzt Folge leistet, hat sich für die Zeit nach dem Kriege viele Mühe erspart. Für die Zeit, die wir alle, ob daheim oder draußen ersehnen und die doch einmal kommen muß; denn schließlich hat ja auch der dreißigjährige Krieg ein Ende genommen. Und wie dankbar unsere Kollegen im Waffenrock für die erwiesene Aufmerksamkeit sind und wie genau die Nummern unseres Verbandsorgans gelesen werden, sollen folgende Auszüge aus den Feldpostbriefen beweisen.

Ein Kollege schreibt zu dem Rundschreiben des Hauptvorstandes:
»... kann ich nur mitteilen, daß ich mich selbstverständlich den Anordnungen des Hauptvorstandes füge werde und treu zur Fahne halte, unter deren Zeichen ich geboren bin. Ich wünsche nur, daß

unser Verband kräftiger und geschlossener aus dem Wirrwarr hervorgehen möge, als es bisher war.«

Ein zweiter schreibt: »Der Ansporn wäre gar nicht nötig gewesen, denn hier draußen gibt es wenige, die ihre Gesinnung ändern. Wir sind alle der Meinung, daß wir nach dem Kriege die Verbände noch notwendiger brauchen als zuvor. Zumal in unserem Berufe wird es nicht allzu glänzend aussehen.«

Und ein dritter meint kurz und bündig: »Es ist ja alles schön und gut, was ich gelesen habe. Wenn nur einmal der Krieg ein Ende hätte, das andere versteht sich von selber.«

Während ein vierter schreibt: »... und das was in diesem Schreiben von uns verlangt wird, will ich gerne versprechen. Denn wo sollte ich mich eigentlich hinwenden, wenn ich vom Felde heimkehre.«

Ein Kollege, dessen Feldadresse wir erst kürzlich erhielten, schreibt: »... es würde mich sehr freuen, des öfteren auf diesem Wege Nachricht über die Lage unserer Organisation und unseres Gewerbes zu erhalten, denn man hat das Interesse nicht ganz verloren, wenn es auch durch andere Eindrücke in den Hintergrund gedrängt wird. Ein weiterer schreibt: »... ich bin gern bereit, mich nach dem Schreiben zu richten und wünsche allen, die zu Hause dazu beitragen, daß unser Verband erhalten bleibt, das Beste.«

Einer Feldpostkarte, dessen Schreiber vom Gemeinen zum Offiziersstellvertreter avanciert ist, entnehmen wir folgendes: »Deine Zusendung hat mich sehr gefreut. Ersehe daraus, daß durch unsere Verwaltungen die Schwierigkeiten, welche unser Verband zu überwinden hatte, bewältigt wurden. Sollten dir durch die Zusendungen Auslagen entstehen, so würde ich diese gerne ersetzen. Ist mein Buch in Ordnung? Du weißt ja selbst, daß es im August 1914 ziemlich rasch mit mir ging, so daß ich nicht einmal Zeit hatte, mich bei Dir abzumelden.«

Den Standpunkt, wie eingangs dieses Artikels niedergelegt, vertritt ein Kollege in folgenden Zeilen: »... es wäre für uns hier draußen gut, wenn man auch während des Krieges mit seiner Ortsgruppe in Fühlung bleiben könnte. Ich gebe zu, daß ich vor dem Kriege einetwas leichter Kollege war. Aber desto mehr werde ich es mir nach demselben anlegen sein lassen.«

Aus einen vierseitigen Brief entnehmen wir folgendes:

»Ich hätte noch vieles auf dem Herzen. Gewerkschaftsfragen, Parteifragen. Aber wozu denn? Was die Zeitungen darüber schreiben, versetzt uns nicht immer in die beste Stimmung. Nach dem Kriege werden wir gründlich ausmisten, so kann das nicht weitergehen. Vergeßt nur ihr in N... g eure gute Erziehung nicht.«

Folgende Zeilen dürften nicht ohne Interesse sein: »Das Interesse am Fach- und Verbandsblatt, das ich für dasselbe schon als Lehrling hegte, wurde beim Lesen derselben eigentümlich rasch wieder wach gerufen, trotzdem es für solche Interessen keinen größeren Stimmungsverderber und Förderer der Gleichgültigkeit gibt als den Kriegsdienst in den schrecklichen Kampfgebieten. Trotzdem bin ich für die Zusendung der »Graphischen Presse« sehr dankbar, denn der Inhalt gibt zu denken und das infolge der langen, überlangen Kriegsdauer fast aufgeriebene Hirn wagt es, wieder edlere Gedanken aufzunehmen.«

Mit nachfolgenden will ich das Stimmungsbild schließen: »... und daraus ersehen, daß die Herren Schutzverbändler heute schon wieder, bevor wir unseren Kopf nur glücklich nach Hause gebracht haben ans Ausbeuten denken. Da sollen sie diesmal die Rechnung ohne uns gemacht haben. Überlasse Sie nach dem Kriege nur ruhig uns, wir werden ihnen die Hölle schon heiß machen.«

In demselben Sinne schreibt ein anderer:

»Soviel ich aus dem Rundschreiben und der »Graphischen Presse« entnehmen kann, haben die Herren schon wieder nette Absichten. So etwas ist ja für unsere Tätigkeit da draußen sehr erhebend; die einen halten den Kopf hin und die anderen studieren zu Hause, wie man die Löhne niedrig hält. Löhne, mit denen sie vor dem Kriege schon keinen Hund hinter den Ofen vorlockten.«

Was dieser Kollege den Herren für die Zukunft prophezeit, will ich vorläufig für mich behalten. Aber wenn es zur Tat würde, wären die Schuldigen nicht bei den Arbeitern zu suchen.

Das eine geht aus Vorstehendem hervor. Unsere Kollegenschaft ist immer noch bei der Sache. Sie hängen noch an ihrem Verbands. Und aus dieser Tatsache heraus wäre es unsererseits eine unverzeihliche Nachlässigkeit, wenn wir unseren Kämpfern nicht ihre liebgewordene Berufszeitung zukommen ließen. Alle Zuschriften sind voll Dankbarkeit und der Lohn für die Mühe wird sich später in ungeahnter Weise zeigen. F. B.

Ortsberichte.

Leipzig. Eine recht gut besuchte, allgemeine Versammlung aller Sektionen fand am 21. März im Gesellschaftssaal des Volkshauses statt. Die umfangreiche und wichtige Tagesordnung, welche

die letzten Vorkommnisse im Verband sowie speziell in Leipzig betrafen, fanden vorläufige Erledigung. Zu 1. Punkt: »Die Einstellung weiblicher Ersatzkräfte im Lithographie- und Steindruckgewerbe«, nimmt zunächst Kollege Herbst das Wort. Er streift kurz die immermehr zunehmende Einstellung von weiblichen Ersatzkräften in gelernten Berufen und schildert den Stand dieser Angelegenheit in der Chemigraphie und im Buchdruck. Auch im Lithographie- und Steindruckgewerbe hatten sich einzelne Unternehmer recht schnell mit der Einstellung solcher Ersatzkräfte beschäftigt, und zwar auf rein willkürliche Art, d. h. ohne jede Festlegung von Normen und Vereinbarungen der hier in Frage stehenden Organisationen. Es war wohl selbstverständlich, daß man dieser Art nicht Zustimmung geben konnte, ohne der schweren Folgen, welche für die gelernten Arbeiter daraus entstehen können, zu gedenken. In Leipzig war diese Frage schon seit Dezember 1916 aktuell und eine seiner Zeit stattgefundene Versammlung der Lithographen und Steindrucker erklärte sich nur bedingungsweise für die Einstellung weiblicher Ersatzkräfte, wozu Vereinbarungen der beiderseitigen Organisationen und Festlegung von Normen auf zentraler Grundlage geschaffen werden müßten. In mehreren Betrieben war es bisher gelungen, die Einstellung weiblicher Ersatzkräfte durch geeignete Maßnahmen zu verhindern. Nur in der Firma C. G. Röder, G. m. b. H., entstanden in dieser Frage Differenzen, die endlich dazu führten, daß die Zentralen der beiderseitigen Organisationen veranlaßt wurden, sich damit zu beschäftigen. Eine Gauleiterkonferenz unseres Verbandes, die deshalb am 18. März in Berlin stattfand, hat sich mit der Aufstellung von Leitsätzen über die Einstellung weiblicher Ersatzkräfte in Lithographie und Steindruck befaßt. Herbst erläutert in längeren Ausführungen, die von der Gauleiterkonferenz aufgestellten Leitsätze über Ausbildungszeit, Entlohnung und Kündigungsfristen für weibliche Ersatzkräfte in Lithographie- und Steindruckbetrieben und resultiert dahin, weibliche Ersatzkräfte in der Lithographie überhaupt abzulehnen und für den Steindruck nur solche in der Umdruckerei zuzulassen. Eine demnächst stattzufindende Verhandlung mit dem Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer, an welcher unsererseits drei Hauptvorstandsmitglieder, der Redakteur der »Graphischen Presse« und zwei Gauleiter (Herbst, Leipzig und Leinen, Dresden) teilnehmen, sollen maßgebende Vereinbarungen über die Einstellung weiblicher Ersatzkräfte in unseren Berufen, treffen. Herbst ersucht deshalb die Kollegen, der Einstellung weiblicher Ersatzkräfte in den Betrieben die größte Aufmerksamkeit zu schenken und jedes, auch das kleinste Vorkommnis an die Gauleitung im Büro zu melden. In der sich anschließenden Diskussion wird die Einstellung weiblicher Ersatzkräfte im Steindruckberuf vielfach kritisiert, denn die konsequente Folge wird nur die Heranbildung einer Reservearmee sein und erfordert deshalb das feste und einmütige Zusammenhalten aller Kollegen. Über die Gauleiterkonferenz berichtete Herbst im 2. Punkt der Tagesordnung, daß außer der vorher behandelten Angelegenheit auch die weitere Erhöhung des Krankengeldes im Verband und zwar auf drei Viertel des statistischen Betrages beschlossen wurde, wodurch sich in Leipzig eine anderweitige Regelung des Lokalzuschusses nötig machen wird. In der Kriegsbeschädigtenfürsorge sind seitens des Hauptvorstandes Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern auf paritätischer Grundlage empfohlen worden, die sich aber für Leipzig infolge unserer Verbindung mit dem Heimatdank erledigen. Ferner sind der Gauleiterkonferenz statistische Mitteilungen des Verbandes über Kriegsdienstleistungen und Verluste an Mitglieder unterbreitet worden, die von Herbst bekannt gegeben wurden. Über eine Neueinteilung der Gaue ist beschlossen worden, dieselbe bis zur nächsten Generalversammlung zu vertagen. Das fertigestellte Gedenkblatt der Verbandsjubilare, welches in Leipzig gedruckt worden ist, und demnächst den Jubilaren zugestellt wird, hat auf der Konferenz allgemeine Anerkennung gefunden. Im 3. Punkt der Tagesordnung: »Herabsetzung der lokalen Krankenunterstützung«, geht Kollege Herbst nochmals auf die Krankengelderhöhung im Verband ein und schlägt namens des Ortsvorstandes vor, den lokalen Zuschuß zur Krankenunterstützung pro Mitglied und Woche auf 1,50 Mk. herabzusetzen, sodaß der Gesamtbetrag für Ledige und Verheiratete, die Woche 2,60 Mk. beträgt. Wir müssen bestrebt sein, mit der Lokalkasse möglichst sparsam zu wirtschaften und einen genügenden Bestand zu halten, der uns nach Kriegsschluß nur von Nutzen sein wird. Auch die weitere Unterstützung unserer Kriegerfrauen ist zu bedenken. Nach vorgelegten Berechnungen des Jahres 1916, wird die Ersparnis, die durch die Herabsetzung erzielt wird, jährlich 800 Mk. ausmachen. Durch Erhebung zum Antrag, wird der Vorschlag des Ortsvorstandes, den Zuschuß auf wöchentlich 1,50 Mk. herabzusetzen gegen drei Stimmen angenommen. Zum 4. Punkt: »Bericht über die Differenzen wegen der Arbeitsleistung am 7. März« übergehend, erläutert Herbst die Ursachen derselben. Der 7. März war ein sächsischer Bußtag, an welchem gewohnheitsgemäß nicht gearbeitet, der aber als Feiertag bezahlt wurde. Durch behördliche Verordnungen wurden, nur für den Stadtbezirk Leipzig, die kirchliche Feier viel-

leicht wegen der Leipziger Mustermesse, auf Sonntag, den 11. März verlegt. Das gab einem großen Teil der Unternehmer, deren Betriebe im Stadtbezirk liegen Veranlassung, arbeiten zu lassen. Darüber war berechtigte Aufregung unter den Kollegen entstanden. Vom Ortsvorstand wurde dahin Anweisung gegeben, die Arbeit an diesem Tage nicht zu verweigern, aber für die Mehrleistung entsprechende Lohnforderungen zu stellen. Der größte Teil der Unternehmer weigerte sich, diese Mehrleistung anzuerkennen und zu zahlen. Es wurde deshalb gegen die Firma Dr. Trenkler Klage beim Gewerbebeschiedsgericht erhoben. Das Gewerbebeschiedsgericht hat diese Klage abgewiesen. Da wir aber als Arbeiter ein berechtigtes Interesse haben und feststellen wollen, in wieweit solche behördliche Anordnungen auf das rechtsgültige Vertragsverhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern Anwendung haben, ist diese Angelegenheit jetzt vor dem ordentlichen Gericht angängig gemacht worden, um von diesem ein Urteil zu verlangen. Was entspringt aber für uns aus der gegebenen Sachlage? Die Unternehmer benutzen mit wenigen Ausnahmen jede Gelegenheit, um aus der Ware »Arbeitskraft« Mehrwerte herauszuholen. Dies sollte für die Kollegen Veranlassung sein, die jetzt günstig stehenden Arbeitsverhältnisse nicht vorüber gehen zu lassen, sondern den Zeitverhältnissen und der Teuerung entsprechende Lohnerhöhungen zu fordern. Der Arbeitsmarkt liegt so günstig wie noch nie und die Kollegen müssen sich dem Arbeitsnachweis mehr zur Verfügung stellen. Unter Verschiedenes bringt Kollege Herbst mehrere Fälle zur Sprache, die sich aus dem Lehrverhältnis und Lehrvertrag unserer jungen, ausgereiften Kollegen als falsch oder gar ungesetzlich erweisen und ersucht darum, den Ortsvorstand zu ermächtigen, den jungen Gehilfen nach jeder Richtung behilflich zu sein. Zur jetzt stattfindenden Bücherkontrolle und der neuen Lehrlingsstatistik werden die Kollegen aufgefordert. In den Ortsvorstand werden noch die Kollegen Kade und Bergmann gewählt. Kollege Kade erwähnt noch die Lehrlingsabteilung und bittet um tatkräftige Unterstützung derselben und um Zuführung der neu eingestellten Lehrlinge.

Graphische Technik.

Dextrin als Gummiersatz.

Der »Deutsche Buch- und Steindruckers« gibt unsern arg geplagten Kollegen, die sich mit Ersatzmitteln bei der Arbeit abmühen müssen, manche willkommene Belehrung. Die Februar-März-Nummer enthält eine Reihe kleinerer Aufsätze über Schwierigkeiten beim Steindruck und deren Behebung, die wir der Beachtung empfehlen; umso mehr, als sie verschiedene zum Teil entgegenstehende Auffassungen zum Worte kommen lassen. Von besonderem Interesse dürfte ein Aufsatz des Herrn Steindruckereibesetzers Alfried Weck sein, der auf Grund eigener praktischer Erfahrungen die Brauchbarkeit des Dextrin als Ersatz für Gummiarabikum ganz entschieden bejaht. Er habe selbst mit gutem Resultat Dextrin sowohl als Zusatzmittel zur Atze als auch zum Gummieren der Steine verwendet, wenn es sich darum handelte benutzte Steine mit einer Schutzschicht zu versehen. Nur müsse dabei der Stein mit einem festen, möglichst durchscheinenden Papier verklebt werden. Er sagt dann wörtlich: »Als Zusatzmittel zur Atze ist Dextrin aber unsträflich ein vollwertiges Ersatzmittel für Gummi. Und wenn behauptet wird, die hiermit geätzten Steine setzten Schmutz oder Ton an beim Druck, so ist dieser Fehler sicher an anderer Stelle zu suchen, Dextrin ist hierbei ganz unschuldig. Ja, warum setzt man der Atze derartige Beimischungen überhaupt zu? Doch lediglich darum, die Steinzeichnung bei dem heutigen scharfen Hochätzen zu schonen und die Steinoberfläche nicht so rauh zu ätzen, als dies bei Verwendung reiner wässriger Atzflüssigkeit geschehen würde. Man behauptet nicht, daß aus chemischen Gründen der Gummizusatz erforderlich wäre, nein es genügt vollständig, wenn der Stein nach dem Ätzen kräftig gummiert wird, und hierauf kommt es lediglich an. Aber dieser Gummierung sollte auch Zeit gelassen werden, um ihre Wirkung auf den Stein ausüben zu können, und nicht gleich mit dem Wedel die Trocknung künstlich beschleunigen. Nur bei sehr feuchter Witterung und wenn der Stein unbedingt sofort gebraucht werden muß, mag der Wedel helfen. Einen so behandelten Stein kann jeder Maschinenmeister ohne Bedenken in Druck nehmen. — — —

Feuilleton.

Vom Büchertisch.

Wirtschaftliche Demobilisation. Von Labor und Löwe. 69 Seiten, 2 Mk. Verlag der Kriegswirtschaftlichen Vereinigung, Berlin, W. 8, Behrenstraße 49. — Die Schrift behandelt systematisch die Fragen der Übergangswirtschaft. Die Friedenswirtschaft schildert sie als eine Wirtschaft der freien Konkurrenz, wogegen die Kriegswirtschaft monopolistischen Charakter trage. So eingehend, wissenschaftlich ernst der erste Teil des Buches gehalten ist, sein größerer Wert liegt doch für uns in dem gleichfalls gründlichen 2. Teil des Buches, der die für den Wiederaufbau der wirtschaftlichen Friedensarbeit dringend notwendigen Forderungen der Arbeiterfürsorge und der Arbeitsvermittlung behandelt. Die Verasser fordern für die Überleitung einen ebenso bis in alle Einzelheiten vorbereiteten Demobilisierungsplan, wie er für den Krieg bei Kriegsausbruch vorgelegen habe. Sie geben dann selbst einen solchen Plan, um ihrerseits auf die Fülle der in Frage kommenden ersten Probleme hinzuweisen. Dem in der praktischen Gewerkschaftsarbeit stehenden wird das Buch willkommene reiche Anregung bieten.

Adressen-Aenderungen.

2. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunftsreiter (siehe Graphische Presse Nr. 6 u. 11).

Zur Beachtung! Jede Adressänderung ist sofort an den Hauptvorstand. Adresse: Otto Sillier, Berlin N. 24, Elsaßstraße 86-88, III zu berichten.

Ashersleben: Robert Bang, Elisabethstr. 2.

Barmen: Alb. Cramer von Clausbruch, Barmen-Wid., Collenbuschstr. 24.

Magdeburg: Otto Mannewitz, Schöppensteg 12.

Nürnberg-Steindr.: Fritz Billmann, Ottstr. 3, III.

» **Lithogr. u. Lichtdr.:** Friedr. Lösslein, Ludwig Feuerbachstr. 38, II.

» **Chemigr., Photogr. u. Kupferdr.:** Robert Lindemann, Fichtestr. 57, III.

Stuttgart-Chemigr., Photogr. und Lichtdr.: Artur Herrmann, Rosenbergstr. 51, I.

Ulm a. Donau: Konrad Köhle, Heidenheim a. Br., Schnaitheimerstr. 30.

Totenliste.

† Am 10. Januar in **Berlin Otto Ebert**, Chemigraph aus Berlin, 70 Jahre alt, an doppelseitiger Lungenentzündung, krank 1 Woche 1 Tag. — Eingetreten in Berlin am 1. Januar 1893.

† Am 11. Januar in **Berlin Georg Retzlaff**, Lithograph aus Berlin, 47 Jahre alt, an Nervenleiden, krank 4 Wochen 1 Tag. — Eingetreten in Berlin am 14. Juni 1914.

† Am 24. Januar in **Elberfeld Gustav Sempell**, Steindrucker aus Wickrath, 52 Jahre alt, an Blutvergiftung infolge Unfalles (an der Maschine verunglückt), krank 1 Woche 2 Tage. — Eingetreten in Elberfeld am 4. September 1899.

† Am 28. Januar in **Berlin Robert Goldbeck**, Steinschleifer aus Marienrode, 48 Jahre alt, an Gehirnereichung, krank 25 Wochen 5 Tage. — Eingetreten in Berlin am 22. Juni 1902.

† Am 2. Februar in **Selb Georg Bleisteiner**, Lithograph aus Nürnberg, 25 Jahre alt, an Lungentuberkulose, krank 30 Wochen. — Eingetreten in Nürnberg am 20. Juni 1909.

† Am 4. Februar in **Leipzig (Irrenanstalt Nietleben) Friedrich Pudelleck**, Steindrucker aus Görlitz i. Schl., 46 Jahre alt, an Gehirnereichung, krank 52 Wochen. — Eingetreten in Dresden am 13. April 1902.

† Am 14. Februar in **Berlin Albert Becker**, Buchbinder aus Berlin, 72 Jahre alt, an Lungenentzündung und Herzschwäche, Invalide seit 6. September 1912. — Eingetreten in Berlin am 1. Januar 1893.

† Am 16. Februar in **Frankfurt a. M. Johann Ingelfinger**, Hilfsarbeiter aus Heddernheim bei Frankfurt a. M., 81 Jahre alt, an Altersschwäche, Invalide seit 15. März 1909. — Eingetreten in Frankfurt a. M. am 1. Januar 1893.

† Am 19. Februar in **Augsburg Hans Schöffmann**, Steindrucker aus Landshut, 48 Jahre alt, an Herzlähmung. — Eingetreten in Augsburg am 3. September 1905.

† Am 21. Februar in **Berlin Franz Müller**, Chemigraph aus Berlin, 44 Jahre alt, an Gehirnhautentzündung, krank 3 Tage. — Eingetreten in Berlin am 28. Juni 1900.

† Am 22. Februar in **Berlin Adolf Friedrich**, Steindrucker aus Berlin, 54 Jahre alt, an Gehirnschlag. — Eingetreten in Berlin am 2. März 1902.

† Am 25. Februar in **Breslau Paul Hoffmann**, Steindrucker aus Deutsch-Wartenberg, 59 Jahre alt, an Lungenkatarrh, krank 28 Wochen. — Eingetreten in Breslau am 1. Januar 1893.

† Am 3. März in **München Otto Steinsberger**, Retuscheur aus München, 31 Jahre alt, an Nierenentzündung, krank 23 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in München am 1. März 1905.

† Am 7. März in **Hildesheim Otto Wiebold**, Formstecher aus Braunschweig, 30 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 4 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in Braunschweig am 25. September 1910.

† Am 8. März in **Leipzig Julius Linke**, Steindrucker aus Leipzig, 74 Jahre alt, an Altersschwäche, Invalide seit 14. Januar 1917. — Eingetreten in Leipzig am 1. Juli 1891.

† Am 15. März in **Berlin Wilhelm Voigt**, Steindrucker aus Berlin, 68 Jahre alt, an Nervenleiden, Invalide seit 18. Dezember 1909. — Eingetreten in Berlin am 1. Januar 1893.

† Am 18. März in **Leipzig Hermann Diederling**, Lithograph aus Neuschönefeld b. Leipzig, 53 Jahre alt, an Leberleiden, krank 6 Wochen. — Eingetreten in Leipzig am 15. Januar 1893.

Am 19. März in **Berlin Karl Maraschek**, Chemigraph aus Wien, 55 Jahre alt, an Influenza und Lebensschwäche, krank 1 Woche. — Eingetreten in Berlin am 6. Juni 1909.

† Am 27. März in **Hildesheim Richard Mumme**, Formstecher aus Moritzberg, 22 Jahre alt, an Influenza, krank 11 Wochen 2 Tage. — Eingetreten in Hildesheim am 13. April 1913. (Vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 13. Juni 1909.)

† Am 2. April in **Berlin Max Schöltzel**, Lithograph aus Berlin, 57 Jahre alt, an Herzmuskellähmung, Invalide seit 9. August 1913. — Eingetreten in Berlin am 31. August 1903.

Ehre Ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbe-Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen, Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personallein, (Rufvornamen, Geburtsjahr und -Jahr) mitteilen. Der Hauptvorstand.

Stellenangebote

Fachliteratur

Conrad Müller, Schkeuditz.

Reproduktionsphotograph

für Autotypie und Strich in Dauerstellung gesucht.

H. S. Hermann, Berlin SW 19, Beuthstr. 8.

Bei dem jetzigen mangelhaften Firmis u. Ersatz setzt man der Farbe mit Erfolg „**Radium-Reiber**“ zu. Kilo 6,—

„**Matt-Lack**“ zu. Kilo 6,— Deutsches Reichspatent No. 269755 zum Wiederherstellen von Lithographien

„**Harmalein**“ Vorzüglicher und Umdrucken, gleichwie auf welche Art dieselben gelitten. Steht hilft ein weiß. Trocken-Überstreichen m. d. „**Radium-Reiber**“,

der Farben mehr. Auch beim Chromo- welcher für ca. 200 Fälle genügt. Ent und Buntdruck verwendbar, da jede säuren, Nachmachten usw. fällt gänzlich Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 6,— weg. — Preis per Stück 15,— Mk. —

F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 6.